

Konzernchef Joe Jimenez denkt bereits an die nächsten Übernahmen. Er hat ein Auge auf Gebiete geworfen, in denen Novartis schwächer aufgestellt ist als die Konkurrenz.

VON PETER BURKHARDT

Der Umbau von Novartis sei abgeschlossen. Das verkündeten die Analysten reihum, nachdem der Basler Pharmakonzern am Dienstag bekannt gegeben hatte, sein Impfstoff- und Tiergesundheitsgeschäft zu verkaufen, die nichtrezeptpflichtigen Medikamente in ein Gemeinschaftsunternehmen mit Glaxo Smith Kline auszulagern und im Gegenzug die Krebspartie des US-Konzerns zu kaufen.

Die Analysten waren voreilig: Der Umbau geht weiter. Das macht Konzernchef Joe Jimenez im Interview klar (siehe Seite 15). Er spricht zwar nur von «Ergänzungszukäufen». Doch das ist Understatement. Jimenez will weiterhin am grossen Rad drehen, mit Zukäufen «in einem Bereich von jeweils 2 bis 5 Milliarden Dollar». Jeweils, wohl gemerkt.

Der Einkaufshunger hat einen Grund: Mit der Übernahme der Krebsmittelsparte von Glaxo Smith Kline macht das Krebsgeschäft ab nächstem Jahr 24,1 Prozent des gesamten Konzernumsatzes aus (siehe Grafik). Darin noch nicht berücksichtigt sind die zweistelligen Milliarden einkünfte, die sich Jimenez aus dem Krebsmittelpartio von Glaxo Smith Kline erhofft. Im Erfolgsfall erhöht sich also die Abhängigkeit vom Onkologiegeschäft nochmals deutlich.

DIESE STÄRKE OFFENBART gleichzeitig die Schwächen von Novartis. Bei Erkrankungen des Immunsystems, einem wichtigen Wachstumsfeld, hat der Konzern vergleichsweise wenig anzubieten. Einzige Umsatzträger, die diesem Gebiet zugeordnet werden können, sind drei Transplantationsmedikamente und ein Antibiotikum. Ihr Anteil am gesamten Konzernumsatz beträgt nach der neuen Struktur 3,8 Prozent. Zum Vergleich: Bei der Basler Konkurrentin Roche ist die Immunologie mit einem Umsatzanteil von 9,9 Prozent der zweitwichtigste Geschäftsbereich. Roche will sie sogar weiter ausbauen, wie Konzernchef Severin Schwan Ende Jahr ankündigte.

Nun will ihm Joe Jimenez offenbar nacheifern. Er sagt, es sei nötig, bei den Erkrankungen des Immunsystems aufzuholen. Novartis forscht zwar an einigen Medikamenten. Diese befinden sich allerdings alle in einer so frühen Entwicklungsstufe, dass Novartis keine Details preisgibt. Jimenez räumt denn auch ein, die Pipeline sei jung und auf wenige Krankheitsfelder spezialisiert. «Wir müssen sie mit gezielten Zukäufen stärken.»

ALS EINER DER WICHTIGSTEN künftigen Wachstumsbereiche gelten in der Pharmaindustrie die Erkrankungen des Zentralnervensystems. Aktuell ist Novartis in diesem Gebiet gut aufgestellt. Sie macht 7,5 Prozent des gesamten Umsatzes mit Arzneien gegen multiple Sklerose,

Der Umbau bei Novartis hat erst begonnen

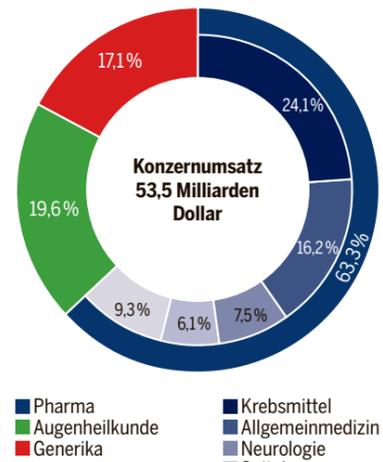
Der Pharmakonzern plant weitere Milliardenzukaufe auf den Gebieten Immunkrankheiten, Alzheimer, multiple Sklerose und Krebs



Kein Stein bleibt auf dem anderen: Novartis-Campus in Basel. HO

DIE NEUE NOVARTIS

Umsätze nach Sparten mit der ab 2015 gültigen Struktur



QUELLE: NOVARTIS GRAFIK: SCHWEIZ AM SONNTAG/BAR

se, Alzheimer und Parkinson. Mehrere Medikamente gegen multiple Sklerose und Alzheimer befinden sich in späten Entwicklungsphasen.

DIESE STARKE POSITION ist allerdings in Gefahr. Denn Konkurrenten wie Roche setzen alles daran, ihre Abhängigkeit vom Krebsgeschäft zu vermindern. Der frühere Roche-Verwaltungsratspräsident Franz Humer erklärte Erkrankungen des Zentralnervensystems zu «einem der wichtigsten zukünftigen Therapiegebiete». In dieses würden jährlich einige hundert Millionen investiert.

Ausgerechnet in dieser Phase schloss Novartis vor zwei Jahren unter dem Spardruck ihr neurowissenschaftliches Forschungszentrum in Basel und geriet damit ins Hintertreffen. Im Oktober eröffnete sie jedoch in den USA ein neues Neuroscience-Zentrum. Dort sollen Therapien gegen psychische Krankheiten, Parkinson und Alzheimer entwickelt werden. Jimenez sagt nun, das alleine reiche nicht. Zukäufe seien auch in der Neurologie nötig.

Bei den vielversprechenden Krebs-Immuntherapien schliesslich, mit denen das körpereigene Immunsystem dazu gebracht wird, Krebszellen abzutöten, haben andere Firmen wie Bristol-

Myers Squibb, Merck, Astra Zeneca und Roche längst Novartis abgehängt. Der Kauf der Krebsmittelsparte von Glaxo Smith Kline löst dieses Problem nicht. Novartis hat einzig eine Therapie in der späten Entwicklung, die Leukämie mithilfe von genetisch veränderten HIV-Blutzellen bekämpft.

Nun geht Konzernchef Jimenez auf die Aufholjagd. Im Februar kaufte Novartis die auf Immuntherapie spezialisierte US-Biotechfirma Costim. Das dürfte jedoch nicht ausreichen. «Weitere Übernahmen bei Immuntherapien sind denkbar», sagt Jimenez.

DER UMBAU GEHT also schon bald in die zweite Runde. Dazu gehört der geplante Verkauf der Grippe-Impfstoffe, der am Dienstag ebenfalls angekündigt wurde. Ausserdem gab Novartis am Donnerstag bekannt, dass sie verschiedene administrative Funktionen für die drei verbleibenden Divisionen in einer neuen Organisation zusammenfassen will, namentlich den Einkauf, die Informatik, die Buchhaltung und den Immobilienunterhalt. Die neue Einheit soll rund 7000 Mitarbeiter umfassen. Wie viele Stellen dadurch wegfallen, wollte Novartis nicht verraten. Am Hauptsitz in Basel beginnt das grosse Zittern.

PARADEPLATZ



Am Freitag trat er von der Bühne ab. **Edgar Oehler** schied aus dem Verwaltungsrat der AFG aus, einer Unternehmung, die er während Jahren prägte und fast an die Wand fuhr. Viele Aktionäre erlitten massive Verluste. Unter dem Druck der Banken und wegen unsauberer Spesenabrechnungen musste Oehler die Macht abgeben. Nach der Generalversammlung sagte er gegenüber dem Schweizer Radio, dass er nun ein Buch über die Vorgänge schreiben werde.

Gute Nachrichten für Swisscom-Chef **Urs Schaeppi**: Der US-Internetriesen Akamai attestiert dem Telekom-Konzern eine weltweite Vorreiterstellung bei der Verbreitung des neuen Standards IPv6. Auch das neue 1-Gbit/s-Angebot wird im «State of The Internet»-Report positiv hervorgehoben. Der Vollständigkeit halber haben die Forscher dann aber doch noch die Preise angefügt. Was bei der Swisscom 100 Franken kostet, wäre in Frankreich für weniger als die Hälfte zu haben.



Die Interessengemeinschaft für die Rettung des Manor an der Zürcher Bahnhofstrasse unter der Führung von **Esther Girsberger** hat bis gestern Abend 450 Unterstützer gefunden. Unter ihnen auch einen ehemaligen «Oscar Weber»-Geschäftsführer. Als er damals das Warenhaus geleitet habe, sei er «ein absoluter Fan» gewesen, schreibt der Rentner im Internet. Wie es heute aussieht, lässt der Sympathisant offen. Andere finden, Manor gehöre zu Zürich wie der See, der Üetliberg oder der Kran aus Rostock.

Da hat wohl einer etwas nicht ganz verstanden: Im «Gastrojournal», der Zeitung des Wirtverbandes Gastro Suisse, regt sich **Thomas Dübendorfer**, Besitzer des Viersternehotels Bellevue in Interlaken, über Gäste auf, die es wagen, auf Bewertungsportalen Hotels zu kritisieren. Sie richteten dabei «keinen Schaden an, der in krassstem Missverhältnis zu dem selber erlebten Schaden stehen kann». Die Hoteliers sollten den Spieß doch umdrehen, findet Dübendorfer: «Warum fehlt bis heute ein bewährtes Bewertungsportal, wo man Gäste bewerten darf?» Die Krise im Schweizer Tourismus wird sich damit wohl kaum beheben lassen.

US-Steuerstreit schon im Mai beilegen

Der Bund verrechnet den Banken bloss eine «Gebühr» von je 10 000 Franken für seinen Aufwand im Steuerstreit

den mit un versteuerten Geldern hatten. Kategorie 4 schliesslich sind die reinen Regionalbanken, die nur Lokalkundenschaft hatten.

IN DER SCHWEIZ läuft derweil bereits der Streit darüber, wer die vielen Millionen zahlen soll, die der Bund für die Beilegung des US-Steuerstreits aufwenden musste und noch aufwenden muss. Zum Vergleich: Der UBS wurden 2010 in der US-Steueraffäre 40 Millionen in Rechnung gestellt.

Diesmal könnten die Banken aber viel billiger davonkommen. Mit 10 000 Franken, die als Bewilligungsgebühr für die Teilnahme am US-Programm erhoben werden. Für mehr gibt es offenbar derzeit keine Rechtsgrundlage. Nadia Batzig, Sprecherin des Finanzdeparte-



CS-Chef Brady W. Dougan. KEYSTONE

ments (EFD) von Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf, bestätigt: «Für Bewilligungen nach Art. 271 StGB im Zusammenhang mit der Bereinigung der rechtlichen Situation der Schweizer Banken mit den US-Behörden werden Gebühren erhoben. Die Gebühr beträgt in der Regel 10 000 Franken für Banken der Kategorien 1 bis 3.» Banken in der Kategorie 4 zahlen nur 1000 Franken.

Diese Bewilligung des Bundesrats brauchen die Banken, um überhaupt im Rahmen des Ablass-Programms mit den US-Behörden kooperieren zu dürfen.

Laut EFD leisten die Gebühren «einen Beitrag zur Deckung der zusätzlichen Kosten, welche dem Bund durch die Verhandlungen mit den US-Behörden» zur Beilegung Steuerstreites entstanden seien.

Laut EFD wurde bisher «über 130 Instituten eine Bewilligung erteilt, wobei Gebühren von total über 1 Millionen Franken bereits entrichtet wurden.»

DAS WIRD NOCH für hitzige Diskussionen sorgen. Finanzpolitikerin Margret Kiener Nellen (SP, BE) sagt: «Das erscheint mir als reine Verwaltungsgebühr.» Sie werde in der Finanzkommission darauf pochen, dass der Bund den Banken seine Aufwendungen analog zum Fall UBS in Rechnung stellt.

Viel zu hoch scheinen die Gebühren in den Augen von Nationalrat Gregor Rutz (SVP, ZH) zu sein. In einem vom Bundesrat noch nicht beantworteten Vorstoss spricht er von «exorbitanten Gebühren» und will deren Höhe wissen.

INSERAT

PRIVAT-KAPITAL

zu vergeben, ab 2,5 bis 40 Mio. Euro. Immobilien, Firmen, Neubau-Projekte, erneuerbare Energien, Discounter-Übernahmen.

Nur seriöse Anfragen. Vermittler erwünscht.

Zuschriften unter Chiffre 3981 an Aargauer Zeitung AG, Postfach, 5001 Aarau.